

Länderberichte Religionsfreiheit: Vietnam

9



missio
glauben.leben.geben.





Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Deutschland teilt Vietnam das Schicksal, für längere Zeit ein geteiltes Land gewesen zu sein. Während sich in Deutschland bei der friedlichen Wiedervereinigung die demokratischen Kräfte durchsetzten und ein repressives kommunistisches Regime ersetzten, war es in Vietnam umgekehrt. Hier übernahm die den Norden des Landes beherrschende kommunistisch-sozialistische Partei die Macht in dem nach langem Bürgerkrieg gewaltsam wiedervereinigten Land. Bei ihrem Bestreben, die politische und innere Einheit des Landes zu schaffen, bedienten sich die kommunistische Partei und die Regierung repressiver Methoden, um Andersdenkende in Umerziehungslagern durch langjährige Indoktrination zur Annahme der im Lande herrschenden Ideologie zu zwingen.

Für die Regierung waren die Religionsgemeinschaften, vor allem die Christen, aber auch Buddhisten, erklärte weltanschauliche Gegner, die deshalb besonderer Kontrollmaßnahmen der staatlichen Sicherheitsorgane und den für die Religionen zuständigen Ämtern ausgesetzt wurden. Sowohl Buddhisten wie auch katholische und protestantische Christen, die ihr religiöses Leben in frei gewählten Gemeinschaften leben wollten, wurden durch die staatlichen Behörden daran gehindert, ihre Versammlungsgebäude beschlagnahmt und ihre Religionsführer verhaftet oder unter Hausarrest gestellt. Berufungen auf die vom Staat in der Verfassung garantierte Religionsfreiheit wurden von den staatlichen Behörden mit Verweis auf die vom Staat erlassenen Ausführungsbestimmungen zur Religionsfreiheit zurückgewiesen, in denen die absolute Kontrolle aller religiösen Aktivitäten durch den Staatsapparat festgeschrieben sind.

In den letzten Jahren hat sich das Verhältnis zwischen den Staatsorganen und den Religionsgemeinschaften leicht entspannt. Den Religionsgemeinschaften wird eine positive Rolle für das Wohlergehen des Landes und der Gesellschaft eingeräumt. Auch außerhalb der religiösen Aktivitäten in Tempeln und Kirchen werden ihnen Freiräume eingeräumt, um sich auch auf dem sozialen und schulischen Sektor zu betätigen. Wie sich allerdings angesichts repressiver Maßnahmen der Behörden gegen religiöse Einrichtungen und Personen immer wieder zeigt, ist das Verhältnis des Staates zu den Religionsgemeinschaften immer noch nicht spannungsfrei.

missio verfolgt seit Jahren die Entwicklung in Vietnam. Auch in Zukunft wird missio über die Entwicklung des religiösen Lebens in dem asiatischen Land berichten und sowohl erhoffte positive Entwicklungen anzeigen als auch Verletzungen der Religionsfreiheit anprangern.

Prälat Dr. Klaus Krämer
missio-Präsident

Zur weiterführenden Lektüre empfohlen

- Georg Evers, Vietnam, in: Die Länder Asiens, [Kirche und Katholizismus seit 1945, Bd. 5, E. Gatz (Hg.)], Paderborn 2003, 251-282.
- Georg Evers, Zur Lage der Menschenrechte in der Sozialistischen Republik Vietnam, missio, Internationales Katholisches Missionswerk e.V. Otmar Oehring (Hrsg.) Aachen: missio, Fachstelle Menschenrechte 2003. (Menschenrechte # 9).
- Bill Hayton, Vietnam – Rising Dragon, New Haven and London 2010.
- David Lamb, Vietnam Now, New York 2002.
- Robert Temple, Shadows and Wind. A View of Modern Vietnam, London 1998.

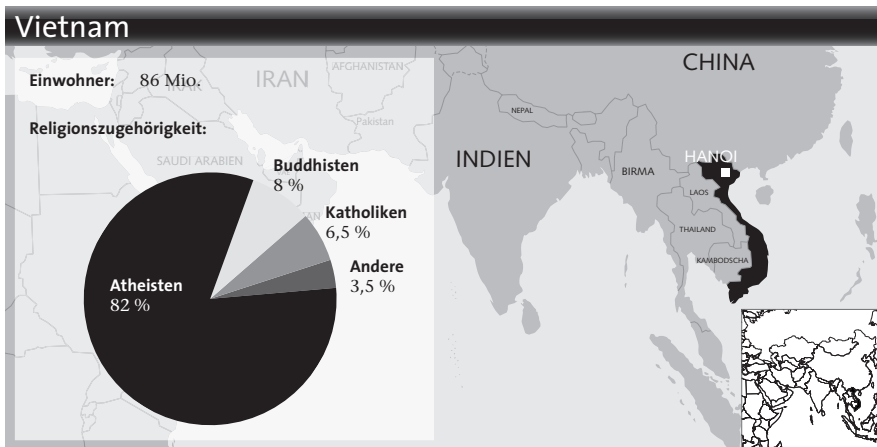
Zitiervorschlag:

Georg Evers, Religionsfreiheit: Vietnam; in: missio, Internationales Katholisches Missionswerk e.V. (Hg.), Länderberichte Religionsfreiheit, Heft 9, Aachen 2012.

Länderberichte

Religionsfreiheit:

Vietnam





Der völkerrechtliche Rahmen

Der *Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte* (IPbPR) vom 16. Dezember 1966, der am 23. März 1976 in Kraft getreten ist, ist von der Sozialistischen Republik Vietnam am 24. September 1982 ratifiziert worden. Artikel 18 enthält eine für die Sozialistische Republik Vietnam völkerrechtlich verbindliche Definition von Religionsfreiheit:

- „(1) Jedermann hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfasst die Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung eigener Wahl zu haben oder anzunehmen, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Beachtung religiöser Bräuche, Ausübung und Unterricht zu bekunden.
- (2) Niemand darf einem Zwang ausgesetzt werden, der seine Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung seiner Wahl zu haben oder anzunehmen, beeinträchtigen würde.
- (3) Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekunden, darf nur den gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, Gesundheit, Sittlichkeit oder der Grundrechte und -freiheiten anderer erforderlich sind.
- (4) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Freiheit der Eltern und gegebenenfalls des Vormunds oder Pflegers zu achten, die religiöse und sittliche Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren eigenen Überzeugungen sicherzustellen.“

Dem *Fakultativprotokoll über die Individualbeschwerde* vom 16.12.1966, in Kraft getreten am 23.3.1976, das auch Einzelpersonen eine Beschwerde vor dem Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen eröffnet, ist die Sozialistische Republik Vietnam bislang nicht beigetreten.

Der nationalrechtliche Rahmen

Im Artikel 70 der Verfassung der Sozialistischen Republik vom April 1992 wird den Bürgern grundsätzlich die freie Ausübung ihrer Religion zugesichert:

- a) Jeder Bürger erfreut sich der Glaubens- und Religionsfreiheit und kann sich einer Religion anschließen oder nicht.
- b) Alle Religionen sind vor dem Gesetz gleich.
- c) Die Gotteshäuser der Religionsgemeinschaften sind von Gesetzes wegen geschützt.
- d) Niemand darf die Glaubens- oder die Religionsfreiheit verletzen, noch darf jemand die Religion missbrauchen, um dem Gesetz oder der Politik des Staates zuwiderhandeln.

Generell werden die Belange der Religionen von den „Büros für religiöse Angelegenheiten“ wahrgenommen, die wiederum ein Organ der „Patriotischen Front“ sind, der Dachorganisation und das Verbindungsglied zwischen der kommunistischen Partei und den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen ethnischen Minderheiten und Religionen. Die aktuelle Religionspolitik hatte und hat als vorrangiges Ziel, die absolute Kontrolle jedweder Religionstätigkeit auf allen Ebenen sicherzustellen. In der Verfassung Vietnams aus dem Jahr 1980, übernommen auch in den Neufassungen von 1992 und 2001, wird der Machtanspruch der kommunistischen Partei auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in aller Deutlichkeit formuliert. Dort heißt im Artikel 4: „Die kommunistische Partei Vietnams, gestützt auf den Marxismus-Leninismus, ist die einzig führende Macht im Staat und in der Gesellschaft und der entscheidende Faktor, der den Erfolg der vietnamesischen Revolution sicherstellt.“ Auf die Sicherung dieses absoluten Machtanspruchs der kommunistischen Partei wurde konsequenterweise auch die Religionspolitik ausgerichtet.

In den im Juni 2004 erlassenen Regeln für religiöse Aktivitäten werden in 41 Artikeln strenge Richtlinien festgelegt, die so gut wie jede religiöse Tätigkeit unter die Kontrolle der Regierung stellt und viele Aktivitäten von jeweils auf Antrag zu erteilenden Erlaubnissen abhängig macht. Ausgenommen von staatlicher Kontrolle sind lediglich die alltäglichen religiösen und liturgischen Handlungen in Tempeln und Kirchen. Dagegen bedürfen alle Aktivitäten, die über diesen Rahmen hinausgehen, in jedem Einzelfall einer staatlichen Erlaubnis. Der Bereich, für den gesonderte Erlaubnisse eingeholt werden müssen, umfasst für die katholische Kirche einen weiten Bereich von Aktivitäten, die in anderen Ländern als selbstverständliche Ausübung der Religionsfreiheit gelten würden.

Erlaubnisse müssen eingeholt werden für alle Versammlungen außerhalb von Gottesdiensten von über sieben Personen, für die Reparatur und den Neubau von Kirchen, für den Eintritt in ein Priesterseminar und später für die Priesterweihe. Sitzungen der nationalen Bischofskonferenz müssen beantragt und die Tagungsordnung vorgelegt werden. Auch Firmungs- und Visitationsreisen von Bischöfen müssen jeweils beantragt und genehmigt werden. In einem Interview hat Kardinal Johannes Baptist Pham Minh Man von Ho-Chi-Minh-Stadt das ständige Einholen von Erlaubnissen kritisiert und ironisch gesagt, dass es in Vietnam kein „Recht“ auf Religionsfreiheit, sondern nur ein Recht auf die Einholung von „Erlaubnissen“ zur Ausübung einer kontrollierten Religionsfreiheit gäbe.

Interreligiöse Zusammenarbeit hat in Vietnam keine Tradition. Daher erregte die gemeinsame Erklärung von vier Religionsgemeinschaften großes Aufsehen, die 1999 an die vietnamesische Regierung appellierten, die von der Verfassung garantierte Religionsfreiheit zu achten und umzusetzen. Die Erklärung wurde von Religionsführern der Vereinten Buddhistischen Kirche, der Katholischen Kirche, der Cao Dai Religion und der vom vietnamesischen Staat nicht anerkannten Hoa Hao Buddhisten verantwortet.

Die ursprünglich verfolgte Politik, basierend auf der marxistischen Religionskritik, die Religionen durch Restriktionen, Vorschriften und anderen Maßnahmen zum Verschwinden zu bringen, hat sich allerdings nicht durchsetzen lassen, sondern sich als eher kontraproduktiv erwiesen. Die Zeiten, in denen die Religionspolitik mit stark repressiven Maßnahmen wie Verfolgung, langjähriger Haft, Arbeitslager und Folter die Vernichtung der Religionen erreichen wollten, sind durch eher unauffällige Formen politischer und religiöser Verfolgung ersetzt worden. Dabei handelt es sich um Maßnahmen der staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten wie regelmäßige Hausdurchsuchungen, Verhöre, Verhängung von „administrativer Haft“, Hausarrest und Zwangsumsiedlung in abgelegene ländliche Gegenden. Doch trotz der restriktiven Religionspolitik hat der Einfluss der Religionen auf das alltägliche und gesellschaftliche Leben im Lande zugenommen. Die traditionellen religiösen Praktiken, haben wieder einen festen Platz im Leben der Menschen, auch wenn die kommunistische Partei sie als „Aberglauben“ brandmarkte. Besonders die Ahnenverehrung hat eine Renaissance erlebt. Aus der Erfahrung, dass der Einfluss der Religionen trotz vieler Repressionen nicht geringer wurde, sondern eher noch gewachsen ist, haben die kommunistische Partei und Regierung gelernt, oder doch zumindest Konsequenzen in Hinblick auf eine Änderung ihrer bisherigen ideologisch einseitigen Position gezogen. So wurde zwar daran festgehalten, dass Mitglieder der kommunistischen Partei keiner Religionsgemeinschaft angehören dürfen. Zugleich wird von Partei- und Regierungsseite eine Neubewertung der Rolle der Religionen im Aufbau und

Erhalt der Gesellschaft vorgenommen und der Einfluss der Religionen auf diesem Gebiet zunehmend positiv gesehen. Seit Jahren mehren sich die öffentlichen Beiträge, die im Rückblick auf die Geschichte Vietnams die positiven Beiträge der Religionen herausstellen. Im Juli 2012 beklagte allerdings Bischof Nguyen Thai Hop, Präsident der bischöflichen Kommission „Gerechtigkeit und Frieden“ der vietnamesischen Bischofskonferenz, dass die Situation der Religionsfreiheit sich in den letzten Jahren wieder verschlechtert habe. Zugleich drückte er seine Hoffnung aus, dass durch das von der Regierung geplante neue Religionsdekret die Religionsfreiheit im Lande gestärkt werden wird.

Situation der verschiedenen Konfessionen

Volksreligiosität

In Vietnam haben Philosophien wie der Konfuzianismus, Religionen wie der Daoismus und Buddhismus sowie das Christentum einen großen Einfluss gehabt. Durchgängig hat aber die Volksreligiosität, die sich aus chinesischen religiösen und abergläubischen Praktiken speist und den Traditionen der Bergvölker verpflichtet ist, tiefgehenden Einfluss auf das Welt- und Menschenbild der Vietnamesen ausgeübt. Ähnlich wie in China gab es eine Trias von drei Religionen (*tam giao*), bestehend aus Konfuzianismus, Daoismus und Buddhismus, die das religiöse Denken geprägt hat. In Vietnam nahm der Konfuzianismus, der vom Ursprung her eher ein philosophisch-ethisches System ist, viele religiöse Aspekte auf. Der Daoismus, der ebenfalls ursprünglich eher eine esoterische Philosophie darstellt, verschmolz mit buddhistischem Gedankengut zu verschiedenen Formen der Volksreligiosität. Bestimmend für die Religiosität der Vietnamesen ist ein starker Glaube an Geister, die sich in der Natur und überall finden und Einfluss auf die Geschicke der Menschen nehmen. Das andere vorherrschende Element ist die Ahnenverehrung oder der Ahnenkult, wenn man den Praktiken des Gedenkens an die Ahnen religiöse Qualität zusprechen will. In der Volksreligiosität in Vietnam findet sich eine Einstellung zur Welt, zum Leben und Tod und zum Schicksal der Menschen, die stark von animistischem Gedankengut durchdrungen ist. Der Schwerpunkt liegt auf der kulturellen Identität, der Tradition und ist weitgehend ortsgebunden.

Buddhismus

Der Buddhismus kam im 2. Jahrhundert n. Christus durch chinesische Mönche in der Form des Mahayana Buddhismus nach Vietnam. Die Mehrzahl der Buddhisten haben ihre geistige Heimat im Zen-Buddhismus (*Thien*), auch „Schule der Meditation“ genannt. Die andere größere Gruppierung ist die „Schule des Reinen Landes“ (*Dao Trang*) oder Amitabha-Buddhismus. Im Mekong-Delta ist auch der Theravada-Buddhismus, der von Indien bzw. von Sri Lanka ins Land kam, unter den dort lebenden Khmer Krom weitverbreitet. Gegenwärtig leben gut eine halbe Million Khmer in den Provinzen südlich von Ho-Chi-Minh-Stadt. Nach Jahrhunderten des Niedergangs erfuhr der Buddhismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Neubelebung. Einige buddhistische Mönche spielten im Widerstand gegen die französische Kolonialherrschaft eine Rolle. Zur Zeit des katholischen Präsidenten Ngo Dinh Diem von Südvietnam in den 1960er Jahren haben buddhistische Mönche durch Selbstverbrennungen entscheidend zum Sturz des Regimes von Diem beigetragen. Wie stark die Anhängerschaft des Buddhismus in Vietnam gegenwärtig ist, lässt sich nur schwer bestimmen. Es gibt Schätzungen, nach denen 60% der vietnamesischen Bevölkerung Buddhisten sind, während andere nur von einem Anteil von 15% Buddhisten in Vietnam sprechen.

Nach der Wiedervereinigung 1976 wurden die Aktivitäten der buddhistischen Klöster wie aller anderen Religionen einer strengen Kontrolle unterworfen, indem sie gezwungen wurden der Vaterländischen Front beizutreten, der staatlich kontrollierten Einrichtung, in der alle gesellschaftlichen, politischen und religiösen Kräfte gebündelt werden sollten. Ziel der Partei und Regierung war es, die Mönche und Nonnen von den Laien zu trennen, indem sie eine Organisation schufen, die für buddhistische Riten und Liturgien verantwortlich sein sollte, die aber darüber hinaus keinerlei Einfluss auf die Gesellschaft nehmen und sich nicht in Fragen der Politik, der Erziehung und der sozialen Belange betätigen darf. Die Zulassung von Novizen auf dem Weg zum Mönchs- oder Nonnenstand wurde seitens der Regierung von der Erfüllung bestimmter Kriterien im Hinblick auf patriotische Haltung und Einsatz für den Sozialismus abhängig gemacht. Wie alle gesellschaftlichen und religiösen Gruppen sollten auch die Buddhisten in einer einzigen nationalen Organisation, der „Buddhistischen Vereinigung Vietnams“ unter die vollständige Kontrolle der Regierung gebracht werden. Über die Frage des Beitritts zu dieser Organisation ist es zu einer Spaltung unter den Buddhisten in Vietnam gekommen. Eine Gruppe von Mönchen und Nonnen, welche die alte Tradition des Buddhismus vertreten und sich als die genuinen Erben verstehen, weigerte sich, der vom Staat verordneten Organisation beizutreten und schloss sich in der „Vereinten Buddhistischen

Kirche Vietnams“ zusammen. In der Folge wurden die meisten ihrer Mönche in den Pagoden von den Behörden unter Hausarrest gestellt und daran gehindert, mit ihren Gläubigen frei zu kommunizieren. Der Mönch Thich Nhat Hanh, der zu den Mitbegründern der „Vereinten Buddhistischen Kirche Vietnams“ gehörte und ein profilierter Vertreter eines sozial engagierten Buddhismus war, musste das Land verlassen und ging ins Exil nach Frankreich, wo er das buddhistische Zentrum „Plum Village“ aufbaute. Der Oberste Patriarch der Vereinten Buddhistischen Kirche Vietnams, Thich Huyen Quang, wurde aus Ho-Chi-Minh-Stadt ausgewiesen und in ein kleines Dorf verbannt, wo er bis zu seinem Tod 2008 in Hausarrest gehalten wurde. Es erregte z.B. den Zorn der Regierung, als sich die Vereinte Buddhistische Kirche Vietnams im Jahr 2000 bei einer Flutkatastrophe im Mekong-Delta mit eigenen Hilfsleistungen engagierte. Die Regierung ließ die daran beteiligten Mönche verhaften und beschuldigte sie, die nationale Solidaritätsfront verlassen zu haben und ihre Hilfsaktion zur Verbreitung ihrer spalterischen Lehre missbraucht zu haben.

Konfuzianismus

Der Konfuzianismus (*Nho Giao* oder *Khong Giao*) hat sich während der gut 1.000-jährigen Herrschaft Chinas über Vietnam (111 v. Chr. – 928 n. Chr.) eine starke Stellung in Vietnam erworben. Die Verwaltung lag wie in China in den Händen der Beamten (Mandarinern), die durch das Studium der konfuzianischen Schriften in einem strengen Prüfungsverfahren in ihre Ämter gelangten. In der Auseinandersetzung mit den europäischen Kolonialmächten zeigte sich das konfuzianische Bildungssystem jedoch als wenig progressiv und geriet bei den Intellektuellen in Misskredit. Nach der Machtübernahme der Kommunisten galt der Konfuzianismus lange Zeit als eine feudalistische Philosophie oder Religion, die dem Land über Jahrhunderte geschadet habe. Mit dem Versuch, neben dem Marxismus-Leninismus auch das Gedankengut von Ho Chi Minh in den Rang eines eigenen Lehrgebäudes zu versetzen, wurde auch auf die Lehren des klassischen Konfuzianismus zurückgegriffen, um die Wichtigkeit eines moralisch guten Lebens zu untermauern. Bei dem Versuch einer Reform von Wirtschaft und Gesellschaft (*doi moi*), die 1990 eine Abkehr von der sozialistischen Planwirtschaft einläutete, wurde ebenfalls auf konfuzianisches Gedankengut zurückgegriffen, weil sich hier Ansätze für ein Verständnis von Gemeinschaft und Arbeitsdisziplin finden lassen, die als für die Reformen hilfreich angesehen wurden. Aus einer Mischung von Marxismus-Leninismus und konfuzianischem Gedankengut, verbunden mit den „Ho-Chi-Minh-Ideen“, sollte so eine eigenständige Ideologie für Vietnam geschaffen werden. Nachdem die Ära der „sozialistischen Bruderschaft“

mit der ehemaligen UdSSR und Osteuropa zu Ende gegangen ist, sucht man über eine Wiederbelebung des Konfuzianismus neue Möglichkeiten internationale Beziehungen mit dem asiatischen Nachbarstaaten zu knüpfen, die ebenfalls in der konfuzianischen Tradition stehen.

Daoismus

Der Daoismus (*Lao Giao* oder *Dao Giao*) verfügt kaum über strukturelle oder organisatorische Formen, die ihn zu einer verfassten Religionsgemeinschaft machen würden. Es gibt in Vietnam nur wenige daoistische Tempelanlagen und Priester. Viel größer ist dagegen der Einfluss daoistischer Ideen auf die Volksfrömmigkeit, die Beziehung zur Natur und die Lebensführung in der Suche nach einem gesunden Leben. Die Vorstellung der komplementären Elemente des Yin und Yang sind weitverbreitet und beeinflussen das Verhalten der Menschen zu ihrem Körper, zur Natur und Umwelt stark. Sehr weit verbreitet ist die Ahnenverehrung oder der Ahnenkult, der die Basis aller Religiosität der Vietnamesen bildet. Die negative Einstellung der christlichen Missionare im 17. und 18. Jahrhundert, die im Gehorsam gegenüber den Entscheidungen der römischen Zentrale den vietnamesischen Christen die Fortführung dieser Form der Kindesliebe untersagte, hat der christlichen Missionsarbeit bis in unsere Tage hinein viele Wege versperrt. Selbst während der Zeit der kommunistischen Herrschaft hat die Ahnenverehrung wenig an Bedeutung verloren. Auch weiterhin findet sich in den meisten vietnamesischen Häusern ein Hausaltar für das Totengedenken, werden die Gräber gepflegt und ist ein männlicher Nachkomme für die Einhaltung der Riten an bestimmten Tagen und Festen verantwortlich. Da der Daoismus sich so gut wie nicht in politische Belange einmischte, stellt er für die kommunistische Partei und Regierung keine Herausforderung dar.

Die Cao-Dai-Bewegung

Die Cao-Dai-Bewegung ist eine einheimische Sekte, die in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts von Ngo Minh Chieu gegründet wurde, der die Lehrinhalte seiner synkretistischen Religion aus seinen mystischen Erlebnissen formulierte. Durch Verknüpfung von religiösen und philosophischen Ideen aus Ost und West hat er eine Religion geschaffen, die in prächtigen bunten Tempeln ihre Gläubigen zu liturgischen Feiern zusammenbringt. Zu den Propheten und geistlichen Führern in der Lehre der Cao-Dai-Bewegung gehören z.B. Jesus, Muhammad, Konfuzius, Sun Yat-Sen und Victor Hugo. Die Cao-Dai-Bewegung hat nach der 2009 erfolgten Volkszählung 800.000 Mitglieder, nach eigenen Angaben soll die Zahl bei etwa 2 Millionen Anhängern liegen. Nach der Wiedervereinigung

wurde 1977 alles Eigentum der Cao-Dai-Bewegung von der Regierung enteignet, viele leitende Religionsdiener wurden verhaftet. Das Leitungsgremium des Priesterrats wurde durch ein von der Regierung eingesetztes Verwaltungskomitee ersetzt. Darüber kam es zu einer Spaltung der Bewegung, weil die Mehrheit die vom Staat errichtete Organisation als mit der ursprünglichen Lehre unvereinbar ablehnte und sich ohne Genehmigung durch die Behörden als unabhängige Bewegung etablierte.

Die Hoa Hao (*Phat Giao Hoa*)

Die Hoa Hao ist eine buddhistische Sekte, die 1939 von Huynh Phu So gegründet wurde. Gegenwärtig soll die Zahl ihrer Anhänger bei 1,5 Millionen Anhänger liegen. Große Bedeutung kommt Riten zu, die zur Krankenheilung eingesetzt werden. Bei der Sekte handelt es sich um eine vereinfachte Form des Buddhismus, die viele Elemente der Volksfrömmigkeit aufgegriffen hat. Während der japanischen Besatzung wurde die Sekte von den Japanern mit Waffen versorgt und in den Kampf gegen die französische Kolonialherrschaft eingesetzt. Unter dem Diem-Regime wurde die Sekte unterdrückt und verfolgt. Nach der Wiedervereinigung des Landes wurden Teile der Hoa Hao von der kommunistischen Regierung wieder verfolgt, weil sie sich weigerten, sich staatlich registrieren zu lassen. Alle Tempel, Schulen, Hospitäler und andere Einrichtung der Hoa Hao wurden vom Staat beschlagnahmt. Erst im Mai 1999 wurde die Hoa Hao von den vietnamesischen Behörden offiziell anerkannt. Das bei dieser Gelegenheit gegründete Leitungskomitee wird aber von den meisten Anhängern der Hoa Hao nicht akzeptiert, weil es in dieser Form nicht mit der Traditionen der Hoa Hao vereinbar ist und sich unter den Mitgliedern des Leitungsteams auch Mitglieder der kommunistischen Partei befinden. Um die Jahrhundertwende kam es wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Hoa Hao und der Polizei, die Verhaftungen vornahm. Der Vorsitzende der Hoa Hao, Le Quang Liem, wurde „wegen des Missbrauchs der Religion, um gegen den Staat Propaganda zu treiben“ – so die offizielle Begründung –, für mehrere Jahre unter Hausarrest gestellt. Ein Angehöriger der Bewegung verbrannte sich aus Protest gegen die Unterdrückung der Religionsfreiheit durch die staatlichen Stellen.

Islam

Die Muslime sind eine kleine Minderheit von etwa 0,5% der Bevölkerung und vor allem unter den Volksgruppen der Khmer und Cham verbreitet. Heute leben etwa 5.000 Muslime in Ho-Chi-Minh-Stadt. Sie verfügen über ein Dutzend Moscheen, darunter die Große Moschee im Stadtzentrum. Die vietnamesischen Muslime

aus der Volksgruppe der Cham haben eine weitgehend von den Vorstellung des orthodoxen Islam abweichende Form des Islam entwickelt. Nach der Wiedervereinigung wurde die Muslimische Vereinigung zunächst bis 1992 verboten, aber dann wieder offiziell vom Staat als legitime Vertretung der Muslime anerkannt. Die Muslime sind hinsichtlich ihres religiösen Lebens, der täglichen Gebete und der Beachtung des Ramadan im Wesentlichen frei.

Die Religionspolitik gegenüber der katholischen Kirche

Die Zahl der Katholiken in Vietnam, das eine Bevölkerung von 86 Millionen hat, beläuft sich auf 6,3 Millionen. Damit ist die katholische Kirche nach den Buddhisten die zweitgrößte Religionsgemeinschaft des Landes. 2010 feierten die Katholiken in Vietnam das Jubiläum der Errichtung der Apostolischen Vikariate Tonkin und Cochinchina vor 350 Jahren durch Papst Alexander VII. und die vor 50 Jahren erfolgte Errichtung der nationalen Hierarchie durch Papst Johannes XXIII. Bei der durch die Genfer Konferenz 1954 beschlossenen Teilung Vietnams entlang dem 17. Breitengrad optierten 650.000 Katholiken, d.h. zwei Drittel der Katholiken und mehr als 70 % der Priester Nordvietnams, für ein Leben in Südvietnam. Die Katholiken stellten mit 75 % der Flüchtlinge den bei weitem größten Anteil der Vietnamesen, die sich für den Süden entschieden. Die von eine Million Gläubigen auf nur noch 300.000 Gläubigen geschrumpfte Kirche in Nordvietnam wurde von der kommunistischen Partei und der Regierung als ideologischer Gegner gesehen und mit vielerlei Repressalien systematisch unterdrückt und verfolgt.

Durch den Zuzug der Katholiken aus dem Norden wuchs die Kirche in Südvietnam sprunghaft an. Das Schulwesen in katholischer Trägerschaft wurde stark ausgebaut und in Da Lat sowie in Hue wurden katholische Universitäten errichtet. Das soziale Engagement der Katholiken im Bereich des Gesundheitswesens und der karitativen Einrichtungen war im Lande hoch angesehen. Anders als die Bischöfe in Nordvietnam konnten die südvietnamesischen Bischöfe am 2. Vatikanischen Konzil (1962 – 1965) teilnehmen. Bei der Gründung der Vereinigung Asiatischer Bischofskonferenzen (FABC) gehörte die südvietnamesische Bischofskonferenz mit zu den Gründungsmitgliedern. Unter der Regierung des katholischen Präsidenten Ngo Dinh Diem (1955 – 1963) waren die Katholiken in der Politik und im Militär überproportional in führenden Stellungen zu finden. Die Politik des katholischen Präsidenten Diem, der in der Wahl der Mittel zur Erhaltung seiner Macht nicht zimperlich war, hat das Ansehen der katholischen Kirche in Vietnam, besonders aber das Verhältnis zu den Buddhisten, lange negativ belastet.

Nach der 1976 erfolgten Wiedervereinigung war das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und der kommunistischen Partei durch die frühere anti-kommunistische Haltung der Katholiken Südvietnams stark belastet. Es kam zu einer Reihe von Prozessen gegen Priester, Ordensleute und Laien, in denen u.a. immer wieder als Anklagepunkt aufgeführt wurde, dass die katholische Kirche in einer grundsätzlichen Gegnerschaft zum Kommunismus-Sozialismus stehe, wie dies die Massenflucht der Katholiken aus dem Norden 1954 und die enge Zusammenarbeit mit den USA während des Bürgerkriegs gezeigt habe. Die von der katholischen Kirche getragenen Schulen, Krankenhäuser und sozialen Einrichtungen wurden vom Staat enteignet und der katholischen Kirche die Betätigung auf diesen Sektoren untersagt.

Wegen ihrer internationalen Kontakte wurden die Katholiken Vietnams pauschal verdächtigt, keine echten Patrioten zu sein. Das zeigte sich z.B. bei der Heiligsprechung vietnamesischer Märtyrer durch Papst Johannes Paul II. im Jahr 1988. Die vietnamesische Regierung wandte sich gegen die, wie sie es nannte „Verherrlichung von Handlangern der Kolonialisten“ als „Heilige“, die eine „Verzerrung der Geschichte des Landes“ darstelle. 1980 wurde nach dem Vorbild des in Nordvietnam bestehenden Gremiums ein „*Einheitskomitee der Patriotischen Katholiken*“ gegründet, das von den Bischöfen wegen der zu großen Nähe zur kommunistischen Partei abgelehnt wurde und in der Folge - anders als in der VR China - nur wenig Einfluss innerhalb der katholischen Kirche erlangen konnte. Eine interne Spaltung der katholischen Kirche in eine „*offizielle patriotische Kirche*“, die mit dem Staat kooperiert und einer „*Untergrundkirche*“, die jede Zusammenarbeit mit kommunistischer Partei und Staat ablehnt, wie dies in der VR China der Fall war, hat es in Vietnam nie gegeben. Die vietnamesische Regierung hat zwar die Verbindungen der Bischöfe mit der römischen Zentrale immer stark kontrolliert, aber nicht gänzlich unterbrochen, wie dies in der VR China der Fall war. So wurden die vietnamesischen Bischöfen nie grundsätzlich daran gehindert, die alle fünf Jahre fällig werdenden „Ad-Limina-Besuche“ in Rom anzutreten. Allerdings behielt sich die vietnamesische Regierung durch die Gewährung oder Verweigerung von Reiseerlaubnissen vor, in welcher personellen Besetzung und Stärke diese Besuche jeweils durchgeführt werden konnten. Auch das Recht des Papstes, Bischöfe zu ernennen, wurde nie grundsätzlich angefochten. Allerdings beanspruchte die vietnamesische Regierung immer ein Mitspracherecht bei Bischofsernennungen und hat sich öfter negativ gegen von Rom vorgesehene Kandidaten ausgesprochen. Die Außenkontakte der vietnamesischen Kirche, vor allem zu den asiatischen Nachbarkirchen und der FABC wurden stark beschnitten.

Seit einigen Jahren kam es zu einer teilweisen Änderung dieser repressiven Religionspolitik. Bis vor wenigen Jahren war der katholischen Kirche des vereinigten Vietnams die Mitgliedschaft und die Mitarbeit in der „*Vereinigung Asiatischer Bischofskonferenzen*“ (FABC), zu der Südvietsnam als Gründungsmitglied gehörte, untersagt gewesen. Inzwischen ist es vietnamesischen Bischöfen aber erlaubt, in der FABC und ihren Gremien mitzuarbeiten. Auch an der Asiatischen Synode in Rom 1998 konnten vietnamesische Bischöfe problemlos teilnehmen. Das Verhältnis zwischen Rom und der vietnamesischen Regierung hat sich durch zunächst jährliche Kontakte so weit gebessert, dass im Januar 2011 Erzbischof Leopoldo Girelli zum „nichtresidierenden päpstlichen Repräsentanten für Vietnam“ ernannt werden konnte. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Aufnahme regulärer diplomatischer Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Regierung in Vietnam, die 1975 abgebrochen worden waren.

Die Restriktionen gegen Aktivitäten der katholischen Kirche auf den Gesundheits- und Erziehungssektor wurden ebenfalls gemildert. So wurde der katholischen Kirche vom Staat erlaubt, Kindergärten, Heime für Schwerstbehinderte und Häuser für psychisch Kranke zu unterhalten. Die Arbeiten der Caritas Vietnam für Prostituierte und Aids-Kranke werden als positive Beiträge gewertet. Seit einigen Jahren gibt es eine interreligiöse Zusammenarbeit auf dem Gesundheitssektor in einer 100 Betten Klinik, die gemeinsam von Katholiken und Buddhisten in Tan Hiep in der Provinz Kien im Süden des Landes geführt wird. Die Klinik ist auf Pflanzenmedizin spezialisiert, wobei die Heilpflanzen von örtlichen Cao-Dai Mitgliedern geliefert werden. In den letzten Jahren haben Ordensschwwestern wieder begonnen, in sozial schwachen Stadt- und Slumbezirken kleinere Schulen einzurichten und Unterricht zu erteilen.

Die Protestantischen Kirchen

Die ersten protestantischen Missionare kamen 1911 nach Vietnam. Meist stammten sie aus den USA und gehörten zur aus der puritanischen Tradition kommenden „Christian Missionary Alliance“. Der Schwerpunkt der protestantischen Mission lag im zentralen Hochland, wo sie unter der Bergbevölkerung die ersten Pfarreien gründeten. Bei der 1954 erfolgten Teilung Vietnams optierten die meisten protestantischen Christen für den Süden. Im Norden blieben nur noch wenige Pastoren mit wenigen Tausenden Gläubigen zurück, die vielerlei Repressalien ausgesetzt waren. 1958 wurde die Evangelische Kirche Nordvietnams offiziell staatlicherseits anerkannt. In Südvietsnam hat sich die Evangelische Kirche frei entfalten können. Sie unterhielt mehrere Bibelschulen in verschiedenen Provinzen und gründete 1968 eine Biblisch-Theologische-Hochschule in Nha Trang.

Nach der Wiedervereinigung wurden die protestantische Gemeinschaft härter angepackt als die Katholiken. Die Gründe für die Verfolgung der Protestanten liegen darin, dass der protestantischen Kirche Südvietnams von der kommunistischen Regierung unterstellt wurde, eine besonders enge Beziehung zu den USA gehabt zu haben. Die protestantischen Christen wurden daher verdächtigt, unzuverlässige Patrioten zu sein. Die protestantische Kirche des Südens wurde lange von den staatlichen Behörden nicht offiziell anerkannt. 300 ihrer Kirchen wurden zerstört oder konfisziert, die Ausbildungsstätten in Nha Trang, Ban Ma Thuot und Da Lat wurden geschlossen und viele Pastoren verhaftet oder unter Hausarrest gestellt. Erst in jüngerer Zeit konnten wieder Ausbildungsstätten für kirchliches Personal eröffnet werden. Vorher hatte es theologische Fernkurse gegeben, die eine provisorische theologische Ausbildung vermittelten.

Trotz dieser Behinderungen ist die Zahl der Protestanten nach dem Beginn der Reformpolitik in den 1980er Jahren ständig gewachsen. Bei der 2009 erfolgten Volkszählung wurde die Zahl der protestantischen Christen mit knapp 800,000 angegeben. Wegen der Schwierigkeiten mit der offiziellen Registrierung und dem Mangel an Kirchen treffen sich die protestantischen Christen vornehmlich in Hauskirchen, deren Zahl mit 3,500 angegeben wird. Erst im April 2001 wurde die Gründung der Evangelischen Kirche Südvietnams durch das Nationale Büro für religiöse Angelegenheiten anerkannt, und die in ihr vertretenen Gemeinden erhielten den Status einer anerkannten Religionsgemeinschaft. Zugleich wurden alle protestantischen Christen aufgefordert, sich dieser neuen Organisation anzuschließen, wenn sie nicht als illegal angesehen werden wollten. Für die Hauskirchen, zu denen ca. 50% aller protestantischen Christen gehören, bedeutet dies, dass sie jetzt ihre bisherige Form, ihre Religion zu leben, verändern müssen, um weiter bestehen zu können. Hauskirchen, die sich weigerten sich registrieren zu lassen, wurden von den Behörden zwangsweise geschlossen. Einige Pastoren wurden wegen ihrer illegalen Predigtstätigkeit inhaftiert. Die Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehung zu den staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten wurden erschwert, weil die protestantischen Missionare, die unter den ethnischen Minderheiten in den Bergregionen viele Bekehrungen erzielten, von der Regierung verdächtigt werden, die autonomen und spalterischen Bestrebungen dieser Gruppen zu unterstützen. In den vergangenen Jahren kam es in den Bergregionen immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der Bergbevölkerung. Die Behörden geben häufig den protestantischen Missionaren die Schuld für diese Autonomiebestrebungen der ethnischen Minderheiten in den Bergregionen.

Wesentliche Detailfragen

Verbot nicht registrierter religiöser Gruppen

Die Verpflichtung, dass alle Religionsgemeinschaften und ihre Tätigkeiten nur dann legitim sind, wenn sie innerhalb von Organisationen erfolgt, die staatlich registriert sind, verstößt gegen die Prinzipien der Religionsfreiheit. Das Verbot von Hauskirchen und die repressiven Maßnahmen, die gegen Amtsträger und Gläubige von staatlichen Stellen durchgeführt werden, sind unverhältnismäßig und beschädigen das Recht auf freie Religionsausübung. Eine Verletzung der Religionsfreiheit stellt auch der Angriff auf eine Gruppe von Katholiken dar, die Anfang Juli 2012 im Distrikt Con Cuong in der Nghe An Provinz als sie sich in einem Haus zum Gebet und Eucharistiefeyer trafen, von einer Gruppe der „Vietnamesischen Patriotischen Front“ angegriffen und misshandelt wurden. Gegen die Religionsfreiheit verstößt ebenfalls das Vorgehen gegen die Führer und Anhänger der „Vereinten Buddhistischen Kirche Vietnams“, die, da sie eine Registrierung und die damit verbundenen Kontrollen durch staatliche Stellen verweigerten, Repressalien wie willkürlichem Hausarrest, Schließung von Tempeln und anderen Maßnahmen ausgesetzt sind.

Restriktives Vorgehen gegen Kritiker der Regierung

International bekannt geworden ist der Fall des katholischen Priesters Thaddäus Nguyen Van Ly, der 2001 in einem Prozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Verteidiger zu insgesamt 20 Jahren Haft und Hausarrest verurteilt wurde. National und international war Pfarrer Van Ly bekannt geworden, weil er wiederholt Missstände in der Religionspolitik anprangerte. Von der Regierung wurde ihm vorgeworfen, dass er dabei internationale Kontakte, so zum „Komitee für Religionsfreiheit in Vietnam“ in den USA, benutzt habe. Auf internationalen Druck hin wurde Van Ly 2004 zu Hausarrest begnadigt. Aber 2007 wegen seiner Mitarbeit in der Online-Demokratiebewegung und Einsatz für die Menschenrechte erneut zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen der Verschlechterung seines Gesundheitszustandes (Schlaganfall und Gehirntumor) wurde er zur Behandlung vorübergehend aus dem Gefängnis entlassen, aber seit Juli 2011 trotz bleibender gesundheitlicher Beschwerden ins Gefängnis zurückverlegt.

Verpflichtung, staatliche Genehmigungen normaler religiöser Aktivitäten einzuholen

Die katholischen Bischöfe beklagen, wie auch die Religionsführer der anderen Religionsgemeinschaften, dass in Vietnam die in der Verfassung garantierte Religionsfreiheit durch staatliche Vorschriften und Reglementierung de facto zu einer Freiheit, Genehmigungen für normale religiöse Aktivitäten regelmäßig bei Regierungsstellen einzuholen, pervertiert sei.

Die katholischen Bischöfe haben mehrfach bei der vietnamesischen Regierung die Aufhebung der restriktiven Maßnahmen verlangt, nach denen die Zulassung von Priesteramtskandidaten in das Priesterseminar und die Erlaubnis für die Priesterweihe von der Überprüfung und Zustimmung staatlicher Stellen abhängig gemacht wird. Die Kriterien für die Zulassung zum Seminar und zur Priesterweihe müssten ausschließlich religiöse sein, über die zu befinden allein den kirchlichen Stellen zustehe und nicht in die Zuständigkeit staatlicher Stellen falle.

Erhalt, Reparatur und Neubau von Kirchen und Tempeln gehörten ebenfalls zu den normalen religiösen Aktivitäten und dürften – abgesehen von Bauvorschriften – nicht jedes Mal von den staatlichen Behörden erst genehmigt werden.

Pastorale Besuche von religiösen Amtsträgern, wie Firmungsreisen katholischer Bischöfe, gehörten zu den normalen religiösen Aktivitäten, zu denen eine für jeden Einzelfall einzuholende Erlaubnis unverhältnismäßig sei.

Interne Konferenzen der Gremien der einzelnen Religionsgemeinschaften gehören ebenfalls zu den normalen Aktivitäten. Die Pflicht zum Einholen einer Erlaubnis, z. B. für eine Sitzung der nationalen Bischofskonferenz der katholischen Kirche, verbunden mit der Auflage, die Tagesordnung bei staatlichen Religionsbüros vorzulegen und genehmigen zu lassen, sind unverhältnismäßig und verletzen die Religionsfreiheit.

Die Behinderung religiöser Aktivitäten wie Wallfahrten, z. B. zum Marienheiligtum von La Vang, stellen ebenfalls einen Verstoß gegen die Religionsfreiheit dar.

Fazit

Die Volksrepublik Vietnam ist durch die Unterzeichnung des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (IPbPR) eine völkerrechtliche Selbstverpflichtung eingegangen. Sie verstößt mit den im Folgenden genannten Maßnahmen gegen die durch diesen Pakt geschützte Religionsfreiheit:

- Durch zu weitgehende Reglementierung und das vorgeschriebene Einholen von
- Erlaubnissen für eine Vielzahl normaler religiöser Aktivitäten der Religionsgemeinschaften.
- Durch das Verbot von religiösen Gemeinschaften wie Hauskirchen in der protestantischen Kirche und der „Vereinten Buddhistischen Kirche Vietnams“.
- Durch Inhaftierung von Kritikern der Regierung und Mitgliedern der Demokratiebewegung.





missio setzt sich ein für Religionsfreiheit im Sinne des Artikels 18 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* vom 10. Dezember 1948, des Artikels 18 des *Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte* (IPbPR) vom 16. Dezember 1966 und der Erklärung *Dignitatis humanae* des Zweiten Vatikanum über die Religionsfreiheit vom 7. Dezember 1965. Diese hält fest:

„Das Vatikanische Konzil erklärt, dass die menschliche Person das Recht auf religiöse Freiheit hat. Diese Freiheit besteht darin, dass alle Menschen frei sein müssen von jedem Zwang sowohl von Seiten Einzelner wie gesellschaftlicher Gruppen, wie jeglicher menschlichen Gewalt, so dass in religiösen Dingen niemand gezwungen wird, gegen sein Gewissen zu handeln, noch daran gehindert wird, privat und öffentlich, als einzelner oder in Verbindung mit anderen – innerhalb der gebührenden Grenzen – nach seinem Gewissen zu handeln. Ferner erklärt das Konzil, das Recht auf religiöse Freiheit sei in Wahrheit auf die Würde der menschlichen Person selbst gegründet, so wie sie durch das geoffenbarte Wort Gottes und durch die Vernunft selbst erkannt wird. Dieses Recht der menschlichen Person auf religiöse Freiheit muss in der rechtlichen Ordnung der Gesellschaft so anerkannt werden, dass es zum bürgerlichen Recht wird.“
(*Dignitatis humanae*, 2)



Internationales Katholisches Missionswerk e.V.
Fachstelle Menschenrechte
Herausgeber: Dr. Otmar Oehring
Postfach 10 12 48
D-52012 Aachen
Tel.: ++49/241/7507-00
Fax: ++49/241/7507-61-253
E-mail: menschenrechte@missio.de

© missio 2012
ISSN 2193-4339
missio-Bestell-Nr. 600 509